

**Carola Frieß**

# **Das aktienrechtliche Entsendungsrecht im Lichte nationalen Gesellschaftsrechts und europarechtlicher Grundfreiheiten**

Carola Frieß

# **Das aktienrechtliche Entsendungsrecht im Lichte nationalen Gesellschaftsrechts und europarechtlicher Grundfreiheiten**



Carola Frieß

# **Das aktienrechtliche Entsendungsrecht im Lichte nationalen Gesellschaftsrechts und europarechtlicher Grundfreiheiten**

Tectum Verlag

Carola Friefß

Das aktienrechtliche Entsendungsrecht im Lichte nationalen  
Gesellschaftsrechts und europarechtlicher Grundfreiheiten  
© Tectum – ein Verlag in der Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2018  
Zugl. Diss. iur. EBS Universität für Wirtschaft und Recht 2017

E-Book: 978-3-8288-7010-9

(Dieser Titel ist zugleich als gedrucktes Werk unter der ISBN  
978-3-8288-4157-4 im Tectum Verlag erschienen.)

Besuchen Sie uns im Internet  
[www.tectum-verlag.de](http://www.tectum-verlag.de)

### **Bibliografische Informationen der Deutschen Nationalbibliothek**

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Angaben sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

# *Meinen Eltern*



## *Vorwort*

Die vorliegende Untersuchung wurde bei der EBS Universität für Wirtschaft und Recht im Fachbereich Rechtswissenschaften im Herbst 2016 als Disseratation vorgelegt. Literatur und Rechtsprechung konnten bis einschließlich September 2016 berücksichtigt werden.

Während der Entstehung dieser Arbeit haben mich zahlreiche Personen in vielfältiger Weise unterstützt und begleitet. Bei ihnen möchte ich mich aufrichtig bedanken.

Mein ganz besonderer Dank gilt zunächst meinem Doktorvater, Herrn Professor Dr. Markus Ogorek, der diese Arbeit über die Jahre mit großem Engagement betreut hat.

Frau Professorin Dr. Barbara Grunewald möchte ich herzlich für die Erstellung des Zweitgutachtens und Herrn Professor Dr. Michael Nietsch für sein Mitwirken in der Prüfungskommission danken.

Der Studienstiftung des deutschen Volkes verdanke ich nicht nur eine großzügige finanzielle Unterstützung in Form eines Promotionsstipendiums, sondern auch viele interessante Seminare und unbezahlbare Erfahrungen.

Bedanken möchte ich mich auch bei linklaters LLP (Standort Düsseldorf), dort insbesondere bei Herrn Professor Dr. Hans-Ulrich Wilsing und dem gesamten Corporate-Team für die großzügige Zuverfügungstellung eines Arbeitsplatzes, den wertvollen inhaltlichen Austausch und die vielen netten Pläuschchen.

Ganz herzlicher Dank gebührt zudem meinen Freunden und meiner Familie, durch die ich meine Promotionszeit als eine vielseitige, herausfordernde, lehrreiche, schöne und einzigartige Lebensphase in Erinnerung behalten werde. Mein größter Dank gilt dabei meinen Eltern, die mich jederzeit vorbehaltlos unterstützt und ermutigt haben. Ohne sie wäre diese Arbeit wohl nicht entstanden. Die folgende Untersuchung ist daher ihnen gewidmet.

München, im März 2018

Carola Frieß



# Inhaltsübersicht

<i>Erster Teil – Einleitung</i> .....	1
A. Das aktienrechtliche Entsendungsrecht – Bedeutung in Rechtsprechung, Literatur und Praxis .....	2
B. Sonderfall: Entsendungsrechte zugunsten der öffentlichen Hand ..	6
C. Gang der Untersuchung .....	8
<i>Zweiter Teil – Aktienrechtliche Vorgaben</i> .....	11
A. Der Aufsichtsrat in der Aktiengesellschaft .....	12
B. Rechtshistorische Entwicklung .....	18
C. Begründung von Entsendungsrechten .....	22
D. Ausübung von Entsendungsrechten .....	158
E. Erlöschen von Entsendungsrechten .....	199
F. Amtszeit entsandter Aufsichtsratsmitglieder .....	239
G. Die fehlerhafte Entsendung .....	251
H. Rechtsverhältnisse der Beteiligten .....	256
I. Zusammenfassung .....	276
<i>Dritter Teil – Grundfreiheitenliche Grenzen</i> .....	279
A. Problemaufriss und Fragestellung .....	280
B. Aktienrechtliche Entsendungsrechte zugunsten des Staates .....	288
C. Aktienrechtliche Entsendungsrechte zugunsten Privater .....	389
D. Zusammenfassung .....	407
<i>Vierter Teil – Ergebnis</i> .....	409



# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis .....	XXXVII
<b>Erster Teil – Einleitung</b> .....	1
A. Das aktienrechtliche Entsendungsrecht – Bedeutung in Rechtsprechung, Literatur und Praxis .....	2
B. Sonderfall: Entsendungsrechte zugunsten der öffentlichen Hand.....	6
C. Gang der Untersuchung .....	8
I. Aktienrechtliche Vorgaben .....	8
II. Grundfreiheitliche Grenzen .....	9
III. Ergebnis .....	10
<b>Zweiter Teil – Aktienrechtliche Vorgaben</b> .....	11
A. Der Aufsichtsrat in der Aktiengesellschaft .....	12
I. Funktion des Aufsichtsrats in der Aktiengesellschaft.....	12
II. Zusammensetzung des Aufsichtsrats .....	13
III. Rechtsstellung von Aufsichtsratsmitgliedern .....	16
IV. Entsendung von Aufsichtsratsmitgliedern gem. § 101 Abs. 2 AktG .....	16
B. Rechtshistorische Entwicklung.....	18
I. Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch 1861 .....	18
II. Aktienrechtsnovelle 1870 und 1884 .....	18
III. Aktiengesetz 1937.....	19
IV. Mitbestimmungsrechtliche Änderung.....	20
V. Sonderregelung zugunsten der Volkswagen AG .....	20
C. Begründung von Entsendungsrechten .....	22
I. Rechtsnatur des Entsendungsrechts .....	22
1. Organqualität des Entsendungsberechtigten.....	22
a. Definition des Organbegriffs .....	23
b. Argumente pro Organqualität .....	24
c. Argumente contra Organqualität .....	24

d. Auswirkungen einer möglichen Qualifikation als Gesellschaftsorgan .....	25
e. Ergebnis .....	26
2. Qualifikation als gattungsbegründendes Vorzugsrecht (§ 11 AktG) vs. Einordnung als gesellschaftsrechtliches Sonderrecht (§ 35 BGB) .....	26
a. Qualifikation als gattungsbegründendes Vorzugsrecht	27
b. Qualifikation als gesellschaftsrechtliches Sonderrecht i.S.d. § 35 BGB .....	28
(1) Abgrenzung von regulären Mitgliedschaftsrechten und schulrechtlichen Ansprüchen .....	28
(2) Wesentliches Charakteristikum: Unentziehbarkeit .....	29
(a) Zwingende Qualifikation als gesellschaftsrechtliches Sonderrecht .....	29
(b) Sonderrechtscharakter abhängig von Ausgestaltung des Entsendungsrechts.....	31
c. Ergebnis .....	32
3. Abgrenzung von (unzulässigen) Wahlfreiheits- beschränkungen .....	32
II. Regelung in Satzung .....	33
1. Ratio des Satzungserfordernisses .....	33
2. Einräumung durch Satzungsänderung.....	33
3. Stimmverbot zulasten des Entsendungsberechtigten .....	35
a. Gesamtanalogie zu gesetzlichen Stimmverboten .....	35
b. Ergebnis .....	36
4. Keine Inhaltskontrolle .....	37
III. Kreis der Entsendungsberechtigten .....	37
1. Entsendungsberechtigte Mehrheit von Aktionären .....	37
2. Entsendungsrechte zugunsten von Verwaltungsmit- gliedern.....	39
a. Entsendungsrechte zugunsten von Aktionären in Vorstandsverantwortung.....	39
b. Entsendungsrechte zugunsten von Aktionären in ihrer Eigenschaft als Verwaltungsmitglied .....	40

3. Persönliches Entsendungsrecht.....	41
4. Aktiengebundenes Entsendungsrecht .....	42
a. Zustimmungserfordernis.....	43
b. Erteilung der Zustimmung durch die Gesellschaft .....	43
(1) Ungeschriebene Ausnahme von der Regelzu- ständigkeit wegen Interessenkonflikts.....	43
(2) Ausgestaltung in der Satzung .....	44
5. Koppelung von persönlichem und aktiengebundenem Entsendungsrecht .....	45
6. Bestimmtheitsanforderungen.....	45
a. Hinreichende Individualisierung des Entsendungs- berechtigten .....	45
b. Fortwährende Kenntnis im Hinblick auf die Person des Entsendungsberechtigten .....	46
IV. Zustimmung des zukünftigen Entsenders.....	47
1. Grundsatz: Keine Zustimmung erforderlich .....	47
2. Ausnahme: Verknüpfung mit Sonderpflichten .....	47
V. Anzahlmäßige Begrenzung .....	48
1. Ermittlung der Höchstanzahl .....	48
2. Ratio der Höchstanzahl .....	48
VI. Rechtsfolgen bei anfänglichem Verstoß gegen gesetzliche Voraussetzungen.....	49
1. Nichtigkeit des satzungsändernden Hauptver- sammlungsbeschlusses bzw. der Satzungsbestimmung in der Ursprungssatzung.....	49
a. Nichtigkeit gem. § 23 Abs. 5 AktG.....	49
(1) Regelungsgehalt § 23 Abs. 5 AktG.....	50
(2) Widerspruch zu Systematik des Beschluss- mängelrechts .....	50
(3) Nichtigkeit von Satzungsregelungen der Ursprungssatzung analog § 241 AktG .....	51
(4) Ergebnis .....	52
b. Nichtigkeit wegen Verstoßes gegen zwingendes Aktienrecht gem. §§ 23 Abs. 5, 241 Nr. 3 AktG.....	52

(1) Keine pauschale Unvereinbarkeit mit dem Wesen der Aktiengesellschaft .....	53
(2) Kein automatischer Verstoß gegen Gläubiger- schutzvorschriften bzw. Vorschriften im öffentlichen Interesse .....	54
(3) Ergebnis .....	55
c. Nichtigkeit gem. § 241 Nr. 3 AktG.....	55
(1) Verstoß gegen Gläubigerschutzvorschrift gem. § 241 Nr. 3 Var. 2 AktG.....	56
(2) Verstoß gegen Vorschrift zum ausschließlichen oder überwiegenden Schutz öffentlicher Interessen gem. § 241 Nr. 3 Var. 3 AktG.....	56
(a) Verstoß gegen anzahlmäßige Begrenzung .....	57
(b) Verstoß gegen Gebot vinkulierter Namensaktien.....	58
(c) Verstoß gegen Gebot der Aktionärs- eigenschaft.....	59
(d) Verstoß gegen Gebot statutarischer Regelung .....	59
(3) Ergebnis .....	60
2. Sonderfall: Verstoß gegen zulässige Höchstanzahl .....	60
a. Geltungserhaltende Reduktion .....	61
(1) Normzweckorientierte Auslegung der Nichtigkeitsnorm.....	63
(a) Teilnichtigkeit objektiv teilbarer Hauptversammlungsbeschlüsse.....	63
(b) Teilnichtigkeit bloß quantitativ teilbarer Hauptversammlungsbeschlüsse.....	63
(c) Zweck der Nichtigkeitsnorm .....	64
(d) Teilnichtigkeit nur bei Entsendungsrechten in einer Hand.....	65
(e) Widerspruch zu Registerrecht.....	65
(f) Missbrauchsgefahr .....	66
(g) Ergebnis .....	67
(2) Teil- oder Gesamtnichtigkeit gem. § 139 BGB? .....	67

(a) Anwendbarkeit von § 139 BGB.....	68
(b) Rechtsgeschäft.....	68
(c) Einheitliches, teilbares, teilweise nichtiges Rechtsgeschäft.....	68
(i) Einheitliches Rechtsgeschäft.....	69
(ii) Teilbares Rechtsgeschäft.....	69
(d) Wille des Satzungsgebers.....	69
(3) Ergebnis.....	70
b. Registerverfahren.....	71
(1) Gründungsprüfung.....	71
(a) Gesamtnichtigkeit.....	72
(b) Teilnichtigkeit.....	72
(2) Registerverfahren bei satzungsänderndem Hauptversammlungsbeschluss.....	72
(a) Gesamtnichtigkeit.....	72
(b) Teilnichtigkeit.....	73
3. Korrektur zu Unrecht eingetragener (teil-)nichtiger Entsendungsrechte.....	74
a. Registerrechtliche Korrekturverfahren.....	75
(1) Löschung der Gesellschaft gem. §§ 275 AktG, 397, 399 FamFG.....	75
(2) Amtslöschung gem. §§ 395, 398 FamFG.....	76
(a) Amtslöschung nichtiger Entsendungsrechte bei Einräumung durch satzungsändernden Hauptversammlungsbeschluss gem. § 398 FamFG.....	77
(i) Gesamtnichtigkeit.....	77
(ii) Teilnichtigkeit.....	77
(b) Amtslöschung nichtiger Entsendungsrechte in der Ursprungssatzung gem. § 395 FamFG....	79
(c) Amtslöschung nichtiger Entsendungsrechte in der Ursprungssatzung analog § 398 FamFG.....	80
(i) Vergleichbare Interessenlage.....	81

(ii)	Planwidrige Regelungslücke .....	81
(iii)	Bedenken wegen reduzierter registergerichtliche Kontrolldichte bei Gründungsprüfung .....	82
(iv)	Rückschlüsse aus Heilung nichtiger Passagen der Ursprungssatzung analog § 242 AktG .....	83
(v)	Analoge Anwendung der Amtslöschung.....	83
(vi)	Ergebnis .....	84
(d)	Nachteile der Amtslöschung .....	85
(i)	Korrektur des Satzungswortlauts .....	85
(ii)	Amtswegiges Verfahren .....	85
b.	Aktienrechtliche Korrekturverfahren .....	86
(1)	Nichtigkeitsklage gem. § 249 AktG .....	86
(a)	Nichtige Entsendungsrechte aufgrund nichtigen satzungsändernden Haupt- versammlungsbeschlusses .....	86
(b)	Nichtige Entsendungsrecht bereits in der Ursprungssatzung.....	86
(2)	Nichtigkeitsklage analog § 249 AktG .....	87
(a)	Vergleichbare Interessenlage .....	88
(b)	Planwidrige Regelungslücke .....	89
(i)	Unzulänglichkeit der allgemeinen Feststellungsklage .....	90
(ii)	Unzulänglichkeit der allgemeinen Leistungsklage auf Mitwirkung an Satzungsänderung.....	90
(iii)	Unzulänglichkeit der Amtslöschung.....	91
(iv)	Vorrang der Nichtigkeitsklage gem. § 275 AktG .....	92
(v)	Ergebnis .....	93
(c)	Gleichlauf von Beschlussmängel- und Gründungsmängelrecht.....	93
(d)	Ergebnis .....	94
(3)	Satzungsänderung gem. § 179 Abs. 1 Satz 1 AktG ....	94

(4) Fassungsänderung gem. § 179 Abs. 1 Satz 2 AktG ... 94	
(a) Abgrenzung zur Inhaltsänderung .....	95
(b) Vorrang der Nichtigkeitsklage gem.	
§ 249 AktG .....	96
(i) Unterschiede zwischen Fassungs-	
änderung und Nichtigkeitsklage.....	96
(ii) Benachteiligung von Aktionären und	
Dritten im Fassungsänderungs-	
verfahren .....	98
(iii) Ergebnis .....	98
(c) Vorrang der Amtslöschung gem. § 398	
FamFG .....	99
(i) Einleitung des Amtslöschungs-	
verfahrens.....	99
(ii) Registergerichtliche Ermessens-	
entscheidung .....	99
(iii) Tatbestandsvoraussetzungen.....	100
(iv) Rechtsfolgen.....	101
(v) Ergebnis .....	101
c. Zusammenfassung.....	102
4. Heilung nichtiger Entsendungsrechte.....	102
a. Heilung nichtiger Hauptversammlungsbeschlüsse	
gem. § 242 Abs. 2 AktG .....	103
b. Heilung nichtiger Satzungsänderung.....	103
c. Heilung nichtiger Bestimmungen	
der Ursprungssatzung analog § 242 AktG.....	105
(1) Planwidrige Regelungslücke .....	105
(2) Vergleichbare Interessenlage .....	105
(3) Fristbeginn.....	106
d. Ergebnis .....	107
5. Umdeutung nichtiger Satzungsnormen	
gem. § 140 BGB.....	107
a. Voraussetzungen der Umdeutung.....	107
(1) Rechtsgeschäft .....	108

(2) Nichtigkeit .....	108
(3) Wirksames Ersatzgeschäft.....	109
(4) Wille der Parteien .....	109
(5) Keine Umdeutung bei noch möglicher Heilung ....	109
b. Verstoß gegen Gebot der Aktionärseigenschaft .....	110
(1) Umdeutung des satzungsändernden Hauptversammlungsbeschlusses .....	111
(2) Umdeutung der Ursprungssatzung.....	112
c. Verstoß gegen anzahlmäßige Begrenzung .....	112
(1) Teilnichtigkeit.....	112
(2) Gesamtnichtigkeit.....	113
d. Verstoß gegen Gebot vinkulierter Namensaktien.....	114
e. Verstoß gegen Gebot statutarischer Regelung .....	115
f. Ergebnis .....	115
6. Aufrechterhaltung nichtiger Entsendungsrechte.....	115
a. Aufrechterhaltung nach der Lehre vom fehlerhaften Organ .....	116
(1) Restriktive Haltung des BGH.....	117
(2) Hinreichend zurechenbare Willensäußerung .....	119
(3) Kein Fall fehlerhafter Organbestellung.....	120
b. Aufrechterhaltung nach der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft.....	121
c. Aufrechterhaltung als fehlerhafte Strukturänderung .....	124
(1) Übertragung der personengesellschaftsrecht- lichen Argumentation.....	125
(2) Vorrang kapitalgesellschaftsrechtlicher Spezial- regelungen .....	125
(3) Meinungsstand in Literatur und Rechtsprechung..	127
d. Die Einräumung von Entsendungsrechten als fehlerhafte Strukturänderung .....	128
(1) Keine Umgehung des Beschlussmängelrechts.....	128
(a) Einzelfallabhängige Aufrechterhaltung .....	128

(b) Orientierungspunkt: Begriff der Strukturänderung .....	129
(2) Subsumption von Entsendungsrechten unter den Begriff der Strukturänderung.....	130
(a) Strukturprägender Organisationsakt .....	130
(b) Konstitutive Registereintragung, registerge- richtliche Prüfung .....	131
(c) Ergebnis .....	132
(3) Fehlerhafte Entsendungsrechte in der Ursprungs- satzung als Strukturänderung .....	132
(4) Willensäußerung der Gesellschafter .....	133
(5) Invollzugsetzung.....	133
(6) Kein Verstoß gegen höherrangige Interessen .....	135
(a) Pauschaler Verstoß gegen höherrangige Interessen bei Nichtigkeit gem. § 241 Nr. 3 Var. 3 AktG .....	136
(b) Verstoß gegen anzahlmäßige Begrenzung .....	137
(c) Verstoß gegen Gebot vinkulierter Namens- aktien .....	138
(d) Verstoß gegen Gebot der Aktionärs- eigenschaft .....	138
(e) Verstoß gegen Gebot statutarischer Regelung.	140
(7) Rechtsfolge: Aufrechterhaltung .....	141
(a) Rechtsfolgen nach der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft.....	141
(b) Übertragung auf fehlerhafte Struktur- änderung.....	141
(c) Unterscheidung zwischen Willensäußerung und Strukturänderung.....	142
(d) Auswirkungen auf Wirksamkeit der Entsendung.....	143
(i) Bestellsungsakt .....	143
(ii) Fehlergeltendmachung .....	143
e. Zusammenfassung.....	144

VII. Stimmbindungsverträge über Begründung von Entsendungsrechten.....	145
1. Grundsätzliche Zulässigkeit und Grenzen von Stimmbindungsverträgen .....	146
a. Aktienrechtliche Zulässigkeitsanforderungen .....	147
b. Allgemeine zivilrechtliche Zulässigkeits- anforderungen .....	148
c. Sonderfall: Stimmbindungsverträge zugunsten gesellschaftsfremder Dritter.....	149
2. Zulässigkeit von Stimmbindungsverträgen über die Begründung von Entsendungsrechten .....	150
a. Unmittelbarer Verstoß gegen aktienrechtliche oder allgemein zivilrechtliche Zulässigkeitsanforderungen .....	151
b. Umgehung der Voraussetzungen gem. § 101 Abs. 2 AktG .....	151
(1) Gebot statutarischer Regelung .....	152
(2) Gebot der Aktionärserschaft .....	152
(3) Gebot statutarischer Regelung durch Entscheidung der Hauptversammlung.....	152
(a) Stimmbindung gegenüber Dritten .....	153
(b) Stimmbindung gegenüber Mitaktionären .....	154
(4) Gebot personen- oder inhabergebundener Entsendungsrechte .....	154
(5) Ausnahme: Hinreichend konkrete Stimmbindungsvereinbarung .....	155
3. Ergebnis .....	156
VIII. Entsendung von Ersatzmitgliedern.....	157
D. Ausübung von Entsendungsrechten .....	158
I. Formelle Voraussetzungen .....	158
1. Entsendungserklärung durch den Entsendungs- berechtigten .....	158
a. Regulärer Erklärungsempfänger.....	158
b. Erklärungsempfänger bei Entsendung in den ersten Aufsichtsrat .....	159

2. Pflicht zur (fristgemäßen) Ausübung des Entsendungsrechts .....	161
a. Grundsatz: Keine Entsendungspflicht, keine Entsendungsfrist .....	161
b. Statutarische Entsendungspflicht .....	163
c. Ausnahme: Entsendungspflicht bei Bestellung des ersten Aufsichtsrats.....	164
3. Verzicht auf Ausübung des Entsendungsrechts .....	166
a. Verzichtserklärung gegenüber der Gesellschaft vertreten durch den Vorstand .....	167
b. Dauer des Verzichts .....	168
c. Wirkung des Verzichts.....	169
(1) Korporative Wirkung des Verzichts .....	169
(2) Keine Verwirkung durch Verzicht .....	170
d. Auswirkungen auf Rechtsnachfolger .....	171
e. Ergebnis .....	171
4. Zeitpunkt der Entsendung .....	171
a. Entsendung in den ersten Aufsichtsrat .....	171
b. Entsendung bei späterer Einräumung des Entsendungsrechts .....	172
c. Wiederholte Ausübung des Entsendungsrechts .....	172
5. Annahme der Entsendung durch den Entsandten.....	172
a. Annahmeerklärung.....	172
b. Annahmefrist .....	173
c. Regulärer Erklärungsempfänger.....	174
d. Erklärungsempfänger bei Entsendung in den ersten Aufsichtsrat.....	176
e. Keine Annahmepflicht.....	176
6. Satzungsmäßige Bindung an Dritte: Zustimmungs-, Veto- oder Vorschlagsrechte bei der Ausübung von Entsendungsrechten .....	177
a. Zugunsten von Gesellschaftsorganen .....	177
(1) Zugunsten des Vorstands .....	177
(2) Zugunsten des Aufsichtsrats .....	177

(3) Zugunsten der Hauptversammlung .....	179
b. Zugunsten von anderen Aktionären.....	180
c. Zugunsten von außenstehenden Dritten.....	181
d. Ergebnis .....	182
7. Schuldrechtliche Bindung an Dritte: Entsendungs- bindungsverträge über die Ausübung von Entsendungsrechten .....	182
a. Zugunsten von Gesellschaftsorganen .....	183
b. Zugunsten von anderen Aktionären oder außenstehenden Dritten.....	183
c. Ergebnis .....	185
8. Zusammenfassung .....	185
II. Materielle Voraussetzungen .....	186
1. Materielle Voraussetzungen im Hinblick auf den Entsendungsberechtigten .....	186
a. Mögliche Gestaltungen .....	186
b. Rechtsfolgen bei anfänglichem Fehlen materieller Voraussetzungen im Hinblick auf den Entsendungsberechtigten .....	187
(1) Entscheidungserheblicher Zeitpunkt.....	187
(2) Auswirkungen auf das Entsendungsrecht .....	188
(3) Auswirkungen auf die Wirksamkeit der Entsendung .....	188
(4) Fehlende Voraussetzungen nur im Hinblick auf einen Teil einer entsendungsberechtigten Gruppe .....	189
c. Rechtsfolgen bei nachträglichem Wegfall materieller Voraussetzungen im Hinblick auf den Entsendungsberechtigten.....	190
(1) Auswirkungen auf das Entsendungsrecht .....	190
(2) Auswirkungen auf die Wirksamkeit der Entsendung.....	190
2. Materielle Voraussetzungen im Hinblick auf den Entsandten .....	190
a. Gesetzliche Voraussetzungen .....	191

(1) Grundsätzliche Geltung der §§ 100, 105 AktG.....	191
(2) Insbesondere: „Cooling-off Periode“ gem. § 100 Abs. 2 Nr. 4 AktG.....	191
b. Satzungsmäßige Voraussetzungen .....	192
c. Rechtsfolge bei anfänglichem Fehlen materieller Voraussetzungen im Hinblick auf den Entsandten .....	193
(1) Anfängliches Fehlen gesetzlicher Voraus- setzungen im Hinblick auf den Entsandten.....	193
(2) Anfängliches Fehlen satzungsmäßiger Voraus- setzungen im Hinblick auf den Entsandten.....	194
d. Rechtsfolgen bei nachträglichem Wegfall materieller Voraussetzungen im Hinblick auf den Entsandten .....	196
(1) Nachträglicher Wegfall gesetzlicher Voraus- setzungen im Hinblick auf den Entsandten.....	196
(2) Nachträglicher Wegfall satzungsmäßiger Voraus- setzungen im Hinblick auf den Entsandten.....	196
3. Sonstige materielle Voraussetzungen.....	197
a. Bedingung und Befristung .....	197
b. Treupflicht .....	197
E. Erlöschen von Entsendungsrechten .....	199
I. Entzug kraft Satzungsänderung .....	199
1. Satzungsänderung.....	199
2. Mit Zustimmung des Entsendungsberechtigten .....	199
a. Grundsatz: Zustimmung erforderlich .....	199
b. Ausnahme: Zustimmung entbehrlich bei wichtigem Grund .....	200
(1) Rechtslage im Vereinsrecht.....	200
(2) Rechtslage im GmbH-Recht.....	201
(3) Rechtslage im Aktienrecht .....	202
(4) Übertragung der Argumente aus dem GmbH-Recht auf das Entsendungsrecht .....	204
(5) Wichtiger Grund.....	206
(6) Entzug durch Hauptversammlungsbeschluss .....	207
(7) Zusätzlich Entzug durch Gerichtsentscheidung ....	207

3.	Stimmverbot zulasten des Entsendungsberechtigten .....	208
a.	Stimmverbot bei Sonderrechtsentzug im GmbH-Recht.....	209
b.	Stimmverbot bei Sonderrechtsentzug im Aktienrecht .....	209
(1)	Stimmverbot gem. § 136 Abs. 1 Satz 1 AktG.....	209
(2)	Stimmverbot mittels Gesamtanalogie zu gesellschaftsrechtlichen Stimmverboten .....	210
(3)	Stimmverbot mittels Einzelanalogie zu § 136 Abs. 1 Satz 1 AktG .....	210
(a)	Schwere des Interessenkonflikts.....	210
(b)	Art der Fallgestaltung.....	211
(c)	Parallele zu ähnlich gelagerten Fallkonstellationen .....	211
c.	Ergebnis .....	212
4.	Zusammenfassung .....	213
II.	Wegfall gesetzlicher Voraussetzungen .....	213
1.	Überschreitung der anzahlmäßigen Begrenzung gem. § 101 Abs. 2 Satz 4 AktG.....	214
a.	Unmittelbar statutarische Verkleinerung des Aufsichtsrats .....	214
(1)	Grundsatz: Zustimmung erforderlich .....	214
(2)	Ausnahme: Wichtiger Grund .....	215
(3)	Auswirkung fehlender Zustimmung .....	215
(4)	Auswirkung zulässiger Verkleinerung auf Bestand und Umfang von Entsendungsrechten ....	216
(a)	Grundsatz: Erlöschen sämtlicher Entsendungsrechte.....	216
(b)	Ausnahme: Aufrechterhaltung in reduziertem Umfang .....	217
b.	Verkleinerung des Aufsichtsrats aufgrund zwingender gesetzlicher Vorschriften .....	217
(1)	Zustimmungserfordernis gem. § 35 BGB.....	217
(2)	Auswirkung auf Bestand und Umfang von Entsendungsrechten.....	218

c.	Mittelbar durch Hauptversammlungsbeschluss herbeigeführte Verkleinerung des Aufsichtsrats .....	219
(1)	Zustimmungserfordernis gem. § 35 BGB.....	219
(a)	Bedenkliche Ausweitung der Gestaltungsmacht von Sonderrechtsinhabern.....	220
(b)	Zustimmungspflicht aufgrund von Treupflicht .....	220
(c)	Differenzierung nach Zweck oder Dringlichkeit der Kapitalherabsetzung .....	221
(d)	Durchbrechung des Zurechnungszusammenhangs .....	221
(2)	Auswirkungen auf Bestand und Umfang von Entsendungsrechten.....	222
(3)	Ausgleichsanspruch analog § 5 Abs. 3 EGAktG.....	222
d.	Ergebnis .....	223
2.	Verlust der Rechtspersönlichkeit seitens der Aktiengesellschaft .....	224
a.	Liquidation, Verschmelzung, Aufspaltung, Vermögensvollübertragung, Vermögensteilübertragung durch Aufspaltung .....	224
b.	Formwechsel.....	225
c.	Abspaltung, Ausgliederung, Vermögensteilübertragung durch Abspaltung, Vermögensteilübertragung durch Ausgliederung.....	225
d.	Zustimmungserfordernis gem. § 35 BGB.....	225
3.	Beseitigung vinkulierter Namensaktien gem. § 101 Abs. 2 Satz 2 AktG.....	226
4.	Verlust der Aktionärsstellung .....	227
a.	Aktienveräußerung .....	227
(1)	Grundsatz: Erlöschen des Entsendungsrechts .....	227
(2)	Ausnahme: Ruhen des Entsendungsrechts .....	227
(3)	Sonderfall: Entsendungsberechtigte Gruppe von Aktionären .....	228
b.	Tod des Entsendungsberechtigten .....	229
(1)	Grundsatz: Erlöschen des Entsendungsrechts .....	229

(2) Ausnahme: Vererblichkeit.....	229
c. Verlust der Rechtspersönlichkeit bei einer entsendungsberechtigten Gesellschaft.....	230
(1) Liquidation, Formwechsel.....	231
(2) Verschmelzung .....	231
(3) Spaltung – Aufspaltung.....	232
(4) Spaltung – Abspaltung und Ausgliederung .....	232
(a) Grundsatz: Erlöschen des Entsendungsrechts .....	232
(b) Problem: Vererblichkeit .....	232
(5) Vermögensübertragung – Vollübertragung, Teilübertragung durch Aufspaltung.....	234
(6) Vermögensübertragung – Teilübertragung durch Abspaltung oder Ausgliederung .....	234
5. Zusammenfassung .....	234
III. Wegfall satzungsmäßiger Voraussetzungen.....	235
IV. Auswirkungen auf Wirksamkeit der Entsendung .....	236
1. Fortbestand der Entsendung .....	236
2. Satzungsmäßige Koppelung von Fortbestand der Entsendung an Fortbestand des Entsendungsrechts.....	236
3. Fortbestand der Entsendung bei Verkleinerung des Aufsichtsrats .....	237
4. Erneute Entsendung nach Erlöschen von Entsendungsrechten .....	238
F. Amtszeit entsandter Aufsichtsratsmitglieder .....	239
I. Reguläre Amtszeit.....	239
II. Abberufung durch den Entsendungsberechtigten .....	240
1. Unbeschränktes und unbeschränkbares Abberufungsrecht .....	240
2. Treubindung.....	241
3. Abberufungspflicht unter Treupflichtgesichtspunkten....	242
4. Beschränkung durch schuldrechtliche Vereinbarungen.....	242
5. Abberufungserklärung.....	243
6. Erlöschen des Abberufungsrechts .....	243

III. Abberufung durch die Hauptversammlung .....	243
1. Wegfall statutarischer Voraussetzungen des Entsendungsrechts.....	244
a. Statutarische Voraussetzungen des Entsendungsrechts .....	244
b. Anfängliches Fehlen statutarischer Voraussetzungen .....	244
c. Ruhen des Entsendungsrechts .....	246
d. Fehlen oder Wegfall statutarischer Voraussetzungen im Hinblick auf den Entsandten .....	246
2. Zusätzliches statutarisches Abberufungsrecht der Hauptversammlung .....	247
3. Stimmverbot zulasten von Entsendungsberechtigtem und Entsandtem.....	248
IV. Gerichtliche Abberufung gem. § 103 Abs. 3 AktG.....	248
1. Wichtiger Grund .....	249
2. Wichtiger Grund bei Fehlen oder Wegfall statutarischer Voraussetzungen im Hinblick auf den Entsandten.....	249
V. Ergebnis .....	250
G. Die fehlerhafte Entsendung .....	251
I. Fehlerhaftes Entsendungsrecht.....	251
1. Anfänglicher Verstoß gegen § 101 Abs. 2 AktG .....	252
a. Aufrechterhaltung nach der Lehre von der fehlerhaften Gesellschaft.....	252
b. Geltungserhaltende Reduktion bei Verstoß gegen Höchstanzahl .....	252
c. Heilung .....	252
d. Umdeutung .....	252
2. Unzulässige zusätzliche statutarische Anforderungen.....	253
II. Fehlerhafte Ausübung des Entsendungsrechts.....	253
1. Anfänglich fehlerhafte Ausübung .....	253
a. Anfängliches Fehlen statutarischer Voraussetzungen im Hinblick auf den Entsendungsberechtigten oder äußere Umstände.....	253

b.	Anfängliches Fehlen gesetzlicher oder statutarischer Voraussetzungen im Hinblick auf den Entsandten .....	254
2.	Nachträglich fehlerhafte Ausübung.....	254
a.	Nachträglicher Wegfall statutarischer Voraussetzungen im Hinblick auf den Entsendungsberechtigten oder äußere Umstände.....	254
b.	Nachträglicher Wegfall gesetzlicher oder statutarischer Voraussetzungen im Hinblick auf den Entsandten.....	254
3.	Entsendung trotz Erlöschen des Entsendungsrechts.....	255
H.	Rechtsverhältnisse der Beteiligten.....	256
I.	Rechtsverhältnis zwischen dem Entsandten und der Gesellschaft .....	256
1.	Gleichheit der Aufsichtsratsmitglieder.....	257
2.	Verantwortlichkeit .....	257
3.	Vergütung.....	257
II.	Rechtsverhältnis zwischen dem Entsandten und dem Entsendungsberechtigten.....	258
1.	Statutarische Vorgaben.....	259
2.	Weisungsgebundenheit.....	259
a.	Primat des Gesellschaftsinteresses .....	260
b.	Beschränkte Weisungsbindung.....	261
c.	Ergebnis.....	263
3.	Vergütung.....	263
4.	Haftungsfreistellung .....	263
5.	Auskunfts- und Rechenschaftspflicht gem. §§ 666, 675 Abs. 1 BGB.....	264
III.	Rechtsverhältnis zwischen dem Entsendungsberechtigten und der Gesellschaft .....	265
1.	Haftung für eigenes Verschulden .....	265
a.	Vertragliche Haftung .....	265
b.	Haftung wegen Verstoßes gegen mitgliedschaftliche Treupflicht .....	266
c.	Haftung wegen Verfolgung von Sondervorteilen gem. § 117 AktG .....	266

d. Haftung wegen Verstoßes gegen gute Sitten gem. § 826 BGB .....	267
e. Haftung wegen Auswahl- und Überwachungs- verschuldens gem. § 831 BGB .....	267
2. Haftung für fremdes Verschulden seitens des Entsandten .....	268
a. Haftung für den Entsandten als Erfüllungsgehilfen gem. §§ 280 Abs. 1, 278 BGB.....	268
b. Vertragliche Haftungsübernahme.....	269
c. Statutarische Pflicht zur vertraglichen Haftungsübernahme.....	270
3. Haftung entsendungsberechtigter Gesellschaften in Verbindung mit der Organtheorie entsprechend § 31 BGB .....	270
4. Stimmverbot zulasten des Entsenders bei Entlastung des Entsandten.....	272
a. Stimmverbot gem. § 136 Abs. 1 Satz 1 AktG.....	272
b. Stimmverbot analog § 136 Abs. 1 Satz 1 AktG.....	272
(1) Personenidentität von Entsender und Entsandtem .....	272
(2) Haftungsgefahr zulasten des Entsenders.....	273
(3) Ergebnis .....	274
IV. Zusammenfassung .....	274
I. Zusammenfassung.....	276
<i>Dritter Teil – Grundfreiheitliche Grenzen</i> .....	279
A. Problemaufriss und Fragestellung .....	280
I. Unmittelbare Wirkung europäischer Grundfreiheiten .....	280
II. „Goldene Aktien“-Rechtsprechung des EuGH .....	282
III. Grundfreiheitsprüfung aktienrechtlicher Entsendungsrechte .....	284
IV. Gegenstand der Untersuchung .....	285
V. Gang der Untersuchung.....	287
B. Aktienrechtliche Entsendungsrechte zugunsten des Staates .....	288
I. Eröffnung grundfreiheitlicher Schutzbereiche .....	288

1. Grundfreiheitsrelevantes Verhalten .....	289
a. Wirkungen aktienrechtlicher Entsendungsrechte .....	289
b. Potenzielle Beeinträchtigung von Beteiligungserwerben .....	290
2. Grenzüberschreitung .....	290
3. Grundfreiheitsberechtigung .....	292
a. Niederlassungsfreiheit .....	292
b. Warenverkehrsfreiheit .....	293
c. Kapitalverkehrsfreiheit .....	293
d. Ergebnis .....	294
4. Geschütztes Marktverhalten .....	294
a. Warenverkehr .....	294
(1) Beteiligungserwerb durch Abtretung der Mitgliedschaft .....	295
(2) Beteiligungserwerb durch Übereignung der Aktie .....	295
(3) Ergebnis .....	296
b. Kapitalverkehr .....	296
(1) Primärrechtliche Konkretisierung .....	296
(2) Sekundärrechtliche Hinweise .....	297
(3) Ergebnis .....	298
c. Unterscheidung zwischen Direkt- und Portfolioinvestitionen .....	299
(1) Direktinvestitionenseigenschaften .....	299
(2) Direktinvestitionsinstrumente .....	302
(a) Stimmrechtsquote .....	302
(b) Kapitalbeteiligungsquote .....	303
(c) Alternative Eigentümerkontrollinstrumente .....	304
(i) Direkte Eigentümerkontroll- instrumente .....	304
(ii) Indirekte Eigentümerkontroll- instrumente .....	305
(iii) Juristische Umsetzung .....	306
(d) Ergebnis .....	307

(3) Portfolioinvestitionseigenschaften.....	307
(4) Ergebnis .....	308
d. Niederlassung gem. Art. 49 AEUV .....	309
(1) Formen der Niederlassung.....	309
(2) Niederlassung durch selbstständige Erwerbstätigkeit .....	310
(3) Niederlassung durch (qualifizierten) Beteiligungserwerb .....	311
(a) Sicherer Einfluss.....	313
(b) Portfolioinvestitionen.....	315
(4) Ergebnis .....	315
5. Zusammenfassung .....	316
II. Konkurrenzverhältnis .....	317
1. Relevanz der Fragestellung.....	318
2. Vorliegen einer Konkurrenzsituation .....	319
3. Rechtsprechung des EuGH.....	321
a. Parallelität.....	321
b. Partielle Exklusivität .....	323
c. Ergebnis .....	326
4. Vermeidung ungewollter Drittstaatlerbegünstigung .....	327
5. Ratio der Grundfreiheiten .....	328
6. Widerspruch zur Kapitalverkehrsrichtlinie.....	328
7. Wechselseitige Vorbehaltsklauseln .....	329
8. Ergebnis .....	331
III. Beschränkung .....	332
1. „Dassonville“-Formel.....	332
2. Beschränkung der Kapitalverkehrsfreiheit i.S.d. „Dassonville“-Formel.....	334
a. Diskriminierung durch staatliche Entsendungsrechte .....	335
b. Attraktivitätsminderung durch staatliche Entsendungsrechte .....	335
(1) Portfolioinvestitionen.....	335

(a)	Stimmrechtsbeschränkung bei Bestellung des Aufsichtsrats .....	336
(b)	Gegenläufige öffentliche Interessen.....	336
(c)	Reduziertes kontrollgewichtetes Verlustrisiko	336
(d)	Kursabschläge.....	337
(e)	Fehlende „Übernahmephantasie“ .....	337
(2)	Direktinvestitionen.....	338
(a)	Beschränkung der Aufsichtsratskontrolle.....	339
(b)	Beschränkung trotz kapitaladäquater Entsendungsmacht.....	341
c.	Ergebnis.....	342
3.	Beschränkung der Niederlassungsfreiheit i.S.d. „Dassonville“-Formel.....	343
4.	Modifikation des Beschränkungsbegriffs in Anlehnung an „Keck“ .....	344
a.	„Keck“-Rechtsprechung des EuGH .....	344
b.	Funktion der Grundfreiheiten.....	348
c.	Formelle Marktzugangssperre .....	353
(1)	Formelle Marktzugangssperre für Kapitalverkehr durch Anteilserwerb .....	354
(a)	Anteilserwerbsmöglichkeit.....	354
(b)	Gewinnerwirtschaftungsmöglichkeit .....	354
(c)	Ergebnis .....	356
(2)	Formelle Marktzugangssperre für Niederlassungen durch Kontrollanteilserwerb .....	356
(a)	Anteilserwerbsmöglichkeit.....	357
(b)	Gewinnerwirtschaftungsmöglichkeit .....	357
(c)	Kontrollmöglichkeit.....	357
(i)	Zugang zu vollständiger Unternehmenskontrolle.....	358
(ii)	Zugang zu abgestufter Unternehmenskontrolle.....	359
(iii)	Unternehmenskontrolle nach deutschem Aktienrecht.....	361

(d) Ergebnis .....	362
d. Materielle Marktzugangssperre .....	362
e. Alternative Investitionsmöglichkeiten .....	364
f. Zusammenfassung .....	366
5. Entsendungsrechte als Marktzugangssperre für den Kapitalverkehr .....	367
a. Formelle Marktzugangssperre .....	367
b. Materielle Marktzugangssperre .....	368
c. Ergebnis .....	368
6. Entsendungsrechte als Marktzugangssperre für Niederlassungen .....	369
a. Formelle Marktzugangssperre .....	369
b. Ergebnis .....	369
7. Modifikation des Beschränkungsbegriffs durch Unmittelbarkeitskriterium .....	370
8. Drittstaatenproblematik .....	373
9. Zusammenfassung .....	374
IV. Staatliche Maßnahme .....	375
1. Begriffsdefinition .....	375
a. Handlungsträger .....	375
b. Handlungsformen .....	376
(1) Formell staatliche Maßnahme .....	376
(2) Materieell staatliche Maßnahme .....	376
c. Ergebnis .....	377
2. Staatliche Entsendungsrechte auf gesetzlicher Basis .....	377
3. Staatliche Entsendungsrechte auf statutarischer Basis ...	378
a. Gesetzliche Gestattung von Entsendungsrechten durch § 101 Abs. 2 AktG .....	378
b. Gesellschaftsrechtliche Begründung statutarischer staatlicher Entsendungsrechte .....	380
(1) Statutarische staatliche Entsendungsrecht aufgrund gesetzlicher Anordnung .....	380
(2) Statutarische staatliche Entsendungsrechte im Rahmen von Privatisierungen .....	381

(3) Statutarische staatliche Entscheidungsrechte in bereits gemischt-wirtschaftlichen Aktiengesellschaften.....	382
(a) Satzungsänderung durch homogen staatliche satzungsändernde Mehrheit.....	382
(b) Satzungsänderung durch heterogen staatlich- private satzungsändernde Mehrheit .....	383
(c) Satzungsänderung durch homogen private satzungsändernde Mehrheit.....	383
(d) Gemeinsame Gründung .....	384
c. Entscheidungsrechte als Instrument des allgemeinen Gesellschaftsrechts .....	384
4. Zusammenfassung .....	385
V. Rechtfertigung .....	386
VI. Zusammenfassung .....	387
C. Aktienrechtliche Entscheidungsrechte zugunsten Privater .....	389
I. Unmittelbare Drittwirkung der Grundfreiheiten.....	390
1. Rechtsprechung des EuGH.....	391
2. Bestand und Umfang unmittelbarer Drittwirkung .....	394
a. Grundfreiheitsbindung zulasten jeder Privatperson ...	395
b. Grundfreiheitsbindung ausschließlich zulasten bestimmten Privatverhaltens .....	396
3. Ergebnis .....	399
II. Gestörte Privatautonomie im Fall privater Entscheidungs- rechte.....	399
1. Verhältnis der einräumenden Gesellschafter untereinander.....	400
a. Einräumung in der Gründungssatzung .....	400
b. Einräumung durch satzungsändernden Hauptversammlungsbeschluss .....	400
2. Verhältnis der einräumenden Gesellschafter zu späteren Anteilserwerbern.....	402
a. Einräumung von Entscheidungsrechten .....	402
b. Anteilserwerb an Gesellschaft mit Entscheidungs- rechten .....	402

c. Privatautonome Verkaufsentscheidung.....	404
d. Hinweise der europäischen Rechtsprechung und Gesetzgebung.....	404
III. Ergebnis .....	406
D. Zusammenfassung.....	407
<i>Vierter Teil – Ergebnis</i> .....	409
<i>Literaturverzeichnis</i> .....	415



## Abkürzungsverzeichnis

a.A.	andere Ansicht
a.Anf.	am Anfang
a.E.	am Ende
a.F.	alte Fassung
a.M.	am Main
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
ADHGB	Allgemeines Deutsches Handelsgesetzbuch
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union
AG	Die Aktiengesellschaft
AktG	Aktiengesetz
Alt.	Alternative
AmtlBegr.	amtliche Begründung
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Betriebs-Berater
Bd.	Band
Begr.	Begründer
BegrGesEnt	Begründung Gesetzentwurf
BegrRegE	Begründung Regierungsentwurf
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BHO	Bundshaushaltsordnung
BKR	Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht
bspw.	beispielsweise
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache

BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BWGO	Gemeindeordnung für Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
CLJ	Cambridge Law Journal
CMLR	Common Market Law Review
Colum. J.Eur. L.	Columbia Journal of European Law
DB	Der Betrieb
ders.	derselbe
dies.	dieselbe/dieselben
Diss. jur.	juristische Dissertation
DNotZ	Deutsche Notar-Zeitschrift
DöV	Die öffentliche Verwaltung
DrittelbG	Gesetz über die Drittelbeteiligung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat
DStR	Deutsches Steuerrecht
DStRE	Deutsches Steuerrecht – Entscheidungsdienst
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt
ECFR	European Company and Financial Law Review
ECL	European Company Law
EGAktG	Einführungsgesetz zum Aktiengesetz
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft
EGV (Amsterdam)	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft (Amsterdam konsolidierte Fassung)
ehem.	ehemals
ELRev	European Law Review
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EUV	Vertrag über die Europäische Union
EuR	Zeitschrift Europarecht
EWG	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsge- meinschaft
EWS	Europäisches Wirtschafts- und Steuerrecht
f.	folgende

FamFG	Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
ff.	fortfolgende
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit
Fn.	Fußnote
GA	Generalanwalt
gem.	gemäß
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften
ggf.	gegebenenfalls
GLJ	German Law Journal
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GmbHR	Die GmbH-Rundschau
GPR	Zeitschrift für Gemeinschaftsprivatrecht
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
GWR	Gesellschafts- und Wirtschaftsrecht
h.M.	herrschende Meinung
HessGO	Hessische Gemeindeordnung
HessLHO	Hessische Landeshaushaltsordnung
HGB	Handelsgesetzbuch
HRefG	Gesetz zur Neuregelung des Kaufmanns- und Firmenrechts und zur Änderung anderer handels- und gesellschaftsrechtlicher Vorschriften
Hrsg.	Herausgeber
HRV	Verordnung über die Einrichtung und Führung des Handelsregisters
i.d.F.	in der Fassung
i.E.	im Ergebnis
i.H.v.	in Höhe von
i.S.	im Sinne
i.S.d.	im Sinne des
ISTR	Internationales Steuerrecht
i.S.v.	im Sinne von
i.U.	im Ubrigen

i.V.m.	in Verbindung mit
IWF	Internationaler Währungsfond
insbes.	insbesondere
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KG	Kammergericht
KGaA	Kommanditgesellschaft auf Aktien
KonTraG	Gesetz zur Kontrolle und Transparenz im Unternehmensbereich
LG	Landgericht
lit.	Litera
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
MgVG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer bei einer grenzüberschreitenden Verschmelzung
MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer
Montan-MitbestErgG	Gesetz zur Ergänzung des Gesetzes über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie
Montan-MitbestG	Gesetz über die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Aufsichtsräten und Vorständen der Unternehmen des Bergbaus und der Eisen und Stahl erzeugenden Industrie
n.F.	neue Fassung
NJOZ	Neue Juristische Online-Zeitschrift
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NJW-RR	Neue Juristische Wochenschrift Rechtsprechungs-Report Zivilrecht
Nr.	Nummer
NRWGO	Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
NRWLHO	Landeshaushaltsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZG	Neue Zeitschrift für Gesellschaftsrecht
OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
OLG	Oberlandesgericht
XL	

OLGE	Die Rechtsprechung der Oberlandesgerichte auf dem Gebiete des Zivilrechts: OLGE, OLGE; OLGRspr
OLGZ	Entscheidungen der Oberlandesgerichte in Zivilsachen
RG	Reichsgericht
RGBL.	Reichsgesetzblatt
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft
RL	Richtlinie
Rn.	Randnummer
RNotZ	Rheinische Notar-Zeitschrift
S.	Seite
SCEVO	Verordnung (EG) Nr. 1435/2003 des Rates vom 22. Juli 2003 über das Statut der Europäischen Genossenschaft (SCE)
SächsGO	Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen
SchlAnt	Schlussantrag
SE	Societas Europaea
SEAG	Gesetz zur Ausführung der Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE)
SEVO	Verordnung (EG) Nr. 2157/2001 des Rates vom 8. Oktober 2001 über das Statut der Europäischen Gesellschaft (SE)
Slg.	Sammlung
sog.	sogenannt
st.Rspr.	ständige Rechtsprechung
u.	und
u.a.	und andere
UmwG	Umwandlungsgesetz
v.	von/vom
Var.	Variante
verbSchlAnt	verbundene Schlussanträge
vgl.	vergleiche
Volkswagen AG	Volkswagen Aktiengesellschaft
VW-Gesetz	Gesetz über die Überführung der Anteilsrechte an der Volkswagenwerk Gesellschaft mit beschränkter Haftung in private Hand (VWGmbHÜG)

VW-Satzung	Satzung der Volkswagen Aktiengesellschaft
WM	Wertpapier-Mitteilungen
WpUG	Wertpapiererwerbs- und Übernahmegesetz
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZGR	Zeitschrift für Unternehmens- und Gesellschaftsrecht
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handels- und Wirtschaftsrecht
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZPO	Zivilprozessordnung
ZVglRWiss	Zeitschrift für Vergleichende Rechtswissenschaft